



Oktober 2022

rlp.sdaj.org

SDAJ

dkptrier.wordpress.com

DKP

ROTE Spritze

Zeitung der DKP Trier & SDAJ Trier für die Beschäftigten im Gesundheitswesen



Drohende Privatisierung des Saarburger Krankenhauses

Die Katze ist aus dem Sack – Das Kreiskrankenhaus Saarburg soll unter eine neue Trägerschaft und im schlimmsten Falle privatisiert werden. Doch was heißt das für die Beschäftigten? Was heißt das für Die Patientinnen und Patienten? Und wieso werden vor allem Krankenhäuser in ganz Rheinland-Pfalz sowie bundesweit immer öfter privatisiert? Ist das überhaupt ein Problem? Und wenn ja: Wie können wir uns dagegen wehren? Der Reihe nach:

Nicht lukrativ trotz hoher Auslastung

Das Kreiskrankenhaus Saarburg hat in den letzten Jahren einige Stürme überstanden, nicht nur einmal stand eine Schließung zumindest zur Diskussion. Ein neues Konzept, eine neue Station, Outsourcing, vieles sollte anders werden um das Krankenhaus lukrativ zu machen. Dabei ist die Auslastung des Krankenhauses hoch. Von den 220 stationären Betten

werden zwischen 80 und 90% belegt. Eine fehlende Nachfrage ist also nicht das Problem. Kein Wunder, ist es doch eines von nur zwei Krankenhäusern im Landkreis Trier-Saarburg und somit für viele im Umland wohnende Menschen ein Anlaufpunkt, die nicht den Weg nach Trier oder Merzig auf sich nehmen können. Doch trotz hoher Auslastung wirft das kleine Krankenhaus nicht genug Profit ab um sich am kapitalisierten Krankenhausmarkt halten zu können, viel mehr noch: Es verursacht jährlich mehrere Millionen Euro Verluste. Nach vielen Kämpfen um das Krankenhaus nun also der Paukenschlag: In einem Interessenbekundungsverfahren soll nun ein Investor für das Kreiskrankenhaus Saarburg gefunden werden. Wie die Übernahme nun konkret ausfallen soll ist unklar. Klar ist aber folgendes: Für die Beschäftigten und die Patientinnen und Patienten wird sich nichts verbessern – im Gegenteil.

Kranke Logik

Das Problem ist, wie wir bereits gesehen haben, nicht die fehlende Nachfrage nach regional verfügbarer Gesundheitsfürsorge, sondern dass diese sich nicht rechnet. Seit Einführung des DRG- oder auch Fallpauschalensystems werden Diagnosen mit einem festen Betrag für die Behandlung versehen. Das heißt: Egal ob ich mit meiner Krankheit 3 oder 10 Tage im Krankenhaus verbringe, das Krankenhaus erhält für mich und meine Diagnose stets das selbe Geld um mich zu behandeln. Das führt zu zwei Dingen: 1. Kliniken die einen Fachbereich haben der viel Geld einbringt, z.B. spezialisierte Operationen, können es sich leisten unbelegte Betten und Notfall Kapazitäten mitzufinanzieren, kleinere Kliniken welche nicht über einen solchen Spezialbereich verfügen und „nur“ die Regelversorgung der Menschen bereitstellen verursachen Schulden. 2. Die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Gesundheitsbereich verschärft sich und die Versorgung der Patientinnen und Patienten verschlechtert sich. Zeit um einfühlsam auf den kranken Menschen einzugehen fehlt, je schneller das Bett wieder frei wird und je weniger Personal die Kranken versorgt, desto besser für die wirtschaftliche Bilanz. Die Regel Gesundheitsfürsorge lohnt sich also für die BWLer nicht – Die entscheidende Frage ist: Muss sie das eigentlich?

Fortsetzung auf Seite 2

Alles ist eine Ware

Die einfache Antwort auf diese Frage lautet: Nein. Ganz im Gegenteil. Es gibt in Deutschland genug Geld das erwirtschaftet wird um ohne Probleme ein kostenloses Gesundheitssystem mit guten Arbeitsbedingungen zu finanzieren. Das Kernproblem ist, dass der gesellschaftlich produzierte Reichtum von einigen, wenigen Kapitalisten angeeignet wird und somit in die Taschen von Einzelnen fließt. Das Geld kommt also nicht dem Wohle der Bevölkerung in Form von guter Gesundheitsfürsorge oder Bildung zu Gute sondern dem privaten Wohlstand einer Handvoll Menschen die sich dann damit ihren luxuriösen Lebensstil finanzieren können. Die Kapitalisten benötigen unsere Arbeitskraft um ihren Reichtum zu vermehren, daher ist es für sie wichtig, dass diese Arbeitskraft, also wir, so weit erhalten wird, dass sie produktiv sein kann – nicht mehr und nicht weniger. Es geht also in unserem System nicht darum den Menschen eine möglichst gute sondern eine möglichst kostengünstige Gesundheitsversorgung bereitzustellen. Die Ursache liegt also im kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem alle Aspekte unseres Lebens zur Ware gemacht werden. Egal ob es Wohnraum, Bildung, unser Privatleben, unsere Arbeitskraft oder eben die Gesundheit ist. Würde der ohnehin gesamtgesellschaftlich produzierte Wohlstand nun auch gesamtgesellschaftlich

verteilt werden, könnten wir nicht nur die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich verkürzen und somit zum Beispiel in der Pflege für eine spürbare Entlastung sorgen sondern auch z.B. den ÖPNV kostenlos zur Verfügung stellen, Schulen sanieren etc.

Privatisieren ist keine Lösung

Wie oben dargestellt, liegt das Problem also nicht an der Machbarkeit der Finanzierung sondern in unserem System. Eine Privatisierung des Krankenhauses wird diese grundsätzlichen Probleme nicht lösen sondern die Kosten noch mehr auf die Beschäftigten und/oder auf die Patientinnen und Patienten abwälzen. Denn: Die Privatisierung ändert nichts daran, dass im aktuellen System Gesundheit eine Ware ist die profitabel sein muss. Schlimmer noch: Während der Staat es sich erlauben kann mehrere Millionen im Jahr Miese zu machen bzw. dies auf die Kommunen abwälzen, wie im Falle des Kreiskrankenhauses, kann ein privates Unternehmen, dass auf Gewinne angewiesen ist, dies nicht tun. Kein Kapitalist investiert in etwas mit dem Gedanken der humanitären Hilfe. Es geht darum das eingesetzte Kapital zu vergrößern, sprich Gewinn zu erwirtschaften. Da das DRG System aber bestehen bleibt und somit auch die Marktlogik nicht gebrochen wird, ist abzusehen was im Krankenhaus Saarlouis passieren wird. Entweder es wird ein Bereich aufgebaut der profitabel ist, sprich

eine Spezialisierung in einem Bereich z.B. Kosmetische Operationen. Da nicht unendlich Platz um das Gebäude verfügbar ist, werden also Teile des Regelbetriebs geschlossen bzw. umfunktioniert. Der teilweise Abbau der Regelversorgung würde also mit einer massiven Verschlechterung für Patientinnen und Patienten einhergehen. Die zweite Möglichkeit ist, dass die bereits bestehende Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter im Gesundheitswesen deutlich verschärft wird. Das kann dann alles sein was bereits bekannt ist: Schlechterer Lohn, längere Arbeitszeiten, weniger Personal auf mehr PatientInnen, Outsourcing von Jobs wie z.B. Reinigungskräften, Kantinepersonal, Empfang, Hausmeister, Labor und Verwaltung usw. Wir sehen also: Eine Privatisierung die aus einem defizitären Krankenhaus ein wirtschaftlich positives machen möchte, muss an Stellschrauben drehen die zum Nachteil der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Patientinnen und Patienten führt.

Der Staat als Lösung?

Nun könnte man aus dieser Erläuterung die Schlussfolgerung ziehen, dass wir einfach alle Krankenhäuser verstaatlichen müssen und sich die Situation schlagartig für alle verbessert. Dies wäre jedoch ein gefährlicher Trugschluss der folgendes verkennet: Auch der Staat ist ein kapitalistischer. Er ist kein wertneutraler Akteur, der auf dem „Markt der Ideen“ die sinnvollste auswählt um diese dann umzusetzen. Der kapitalistische Staat ist ein Instrument der Herrschaftssicherung der herrschenden Klasse: Der Kapitalisten. Er agiert somit nicht neutral im Sinne der Bevölkerung, sondern als ideeller Gesamtkapitalist im Sinne seiner verschiedenen Kapitalfraktionen. Das heißt konkret: Er ist dafür da seinen Kapitalisten möglichst gute Marktbedingungen zu schaffen, im Sprachgebrauch auch oft als „Standort-

vorteil“ bezeichnet. Wenn wir also Politiker hören, die von der „Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland“ sprechen heißt das, dass wir in Deutschland Produktionsbedingungen schaffen müssen die verhindern, dass die Produktion ins Ausland verlegt wird wo eventuell bessere Konditionen herrschen. Da wir, bis auf wenige Ausnahmen, in einer kapitalistischen Welt leben, stehen auch alle Staaten untereinander zwingend in Konkurrenz. Zurück zum Gesundheitswesen: Wenn der Staat also möglichst günstige Marktbedingungen schaffen muss heißt das auch, dass er nicht an das Vermögen seiner größten Unternehmen geht um ein Teil der Gewinne zum Beispiel in ein faires Gesundheitssystem zu stecken, da dies einen Wettbewerbsnachteil für eben diese Unternehmen heißen würde. So wird das Gesundheitssystem letztlich von den Steuern bezahlt, also dem Geld, dass wir ohnehin selbst erwirtschaftet haben. Von den Steuern muss der Staat aber auch andere Dinge finanzieren, die uns wie Produkte für uns vorkommen, in Wahrheit aber für die Sicherung des Absatzmarktes unverzichtbar sind und somit aus rationalen, nicht aus humanitären Gründen erfolgen, z.B. Bereitstellung der Infrastruktur oder aber für Dinge die überhaupt nicht in unserem Interesse sind z.B. 100 Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr. Ein Rechenbeispiel: Für dieses Geld könnten 100.000 neue Pflegekräfte für 40 Jahre eingestellt werden. Auch hier hat das Kapital also die entscheidende Rolle mitzureden. Die Influencer der Politik, die Lobbyisten, haben keinen anderen Job als genau dies zu tun: Im Sinne der großen Banken und Konzerne die Politik so mitzugestalten, dass sie möglichst freundlich für die Kapitalisten ist und damit automatisch zum Nachteil für uns werden. Ein gutes Gesundheitssystem werden wir also auch bei einer Verstaatlichung in diesem



System nicht geschenkt bekommen.

Land in Sicht

Deprimierend könnte man an dieser Stelle denken. Es gibt gar keinen Ausweg. Doch den gibt es. Nur weil wir nichts geschenkt bekommen, heißt das nicht, dass wir uns nichts erkämpfen können. Werde aktiv in deiner Gewerkschaft, engagiere dich im Betriebsrat oder nimm Kontakt zu deiner lokalen DKP oder SDAJ Gruppe auf um aktiv für deine Rechte einzustehen. Doch einen wirklichen Wandel ohne permanente Angriffe auf unsere Rechte erreichen wir nur durch den Bruch mit diesem System, dass

auf Konkurrenz und Ausbeutung beruht. Wir haben es in der Hand ein System zu schaffen, dass nicht konkurriert sondern kooperiert, das nicht ausbeutet sondern fördert, das die Ware für den Menschen da sein lässt und nicht den Menschen für die Ware, das Frieden sucht statt Kriege stiftet, dass gesellschaftlich geplant produziert statt anarchisch den Markt überflutet, dass in der Gesellschaft produzierten Reichtum auch an diese wieder zurück gibt statt ihn in die Hände einiger weniger wandern zu lassen. Lasst uns für diese Welt eintreten und endlich wieder streiten und kämpfen um eine bessere, eine sozialistische Welt.

Philippe, Trier



Die Rote Spritze wird herausgegeben von:



SDAJ Trier
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
in Karl Marx Geburtsstadt



DKP
Deutsche Kommunistische Partei
in Karl Marx' Geburtsstadt

trier@sda-j.org

dkp-trier@riseup.net

Impressum: Rote Spritze, V.i.S.d.P.: P. Drastik, Hornstraße 7, 54294 Trier-West



2019 wurde von der Gewerkschaft ver.di Rheinland-Pfalz das Projekt "Pflege.Auf.Stand" ins Leben gerufen. Der Gewerkschaftssekretär Michael Quetting wurde zum Pflegebeauftragten berufen. Kollege Quetting ist dieses Jahr in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Die Rote Spritze (RS) wollte wissen wie der Stand des Kampfes gegen den Pflegegenotstand ist und befragte den Kollegen zu seiner Sicht.

RS: Michael, Danke, dass Du Dir für das Interview Zeit genommen hast. Was sind die konkreten Probleme im Bereich der Pflege?

Quetting: Die Antwort ist nun wirklich sehr komplex und vielfältig. Um es einfach zu sagen. Wir haben einen Pflegenotstand. Die pflegerische Versorgung kann nicht auf dem erwartenden und möglichen Niveau durchgeführt werden. Das betrifft alle Bereiche der Pflege. In erster Linie fehlt es an ausreichendem Personal. Gleichzeitig verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen so sehr, dass immer mehr Kolleginnen den Beruf verlassen. Dazu kommt, dass auch die Bezahlung nicht dem Wert

der geleisteten Arbeit entspricht. Im Jahr 2030 wird es etwa 4,6 Millionen pflegebedürftige Menschen geben, das sind ungefähr 500.000 mehr als heute.

Der Personalmangel überfordert die Pflegekräfte und führt zu gefährlicher Pflege. 80 Prozent der im DGB-Index für Gute Arbeit befragten Krankenpflegerinnen und -pfleger und fast 70 Prozent der Altenpfleger müssen sehr häufig in Hetze arbeiten. Das führt dazu, dass sie öfter ausfallen - und es schreckt viele Berufseinsteigerinnen und -einsteiger ab. 49 Prozent der befragten Krankenpfleger und 42 Prozent der Altenpflegerinnen und -pfleger gaben an, häufig bzw. sehr häufig Abstriche bei der Qualität ihrer Arbeit machen zu müssen, um die Arbeitsmenge überhaupt bewältigen zu können. Nur 22 Prozent der Pflegebeschäftigten gehen davon aus, unter ihren derzeitigen Arbeitsbedingungen bis zur Rente durchhalten zu können. Der hohe - oft unfreiwillige geleistete Anteil an Teilzeitarbeit - tragen dazu bei, dass in einem so wichtigen Beruf Altersarmut vorprogrammiert ist. Das Gewinnstreben im Gesundheits- und Pflegebe-

reich gefährdet die kollektive Gesundheit. So werden zum Beispiel die Krankenhäuser über Fallpauschalen finanziert. Eine solche Bewegungsform stellt eben nicht den Menschen in den Mittelpunkt. Wir brauchen aber eine solidarische Finanzierung des Bedarfs.

[... hier haben wir - wie an anderen Stellen auch - das Interview aus Platzgründen kürzen müssen. Das vollständige Interview findest Du online unter <https://dkptriber.wordpress.com/>]

RS: Wer ist verantwortlich dafür, dass die Zustände in Krankenhäusern, Altenheimen und anderen Pflegeeinrichtungen so katastrophal ist?

Quetting: Die Regierungen haben die Zustände gemacht, egal welcher Farbe sie nun mal vorgeben zu haben oder zu sein. Die Verantwortlichen gehören also den Parteien CDU, FDP, SPD und Grüne an. Ökonomen nennen das Neoliberalismus. Das Ziel war es, die sogenannten Lohnnebenkosten zu senken, damit die Monopole eine bessere Stellung auf dem Weltmarkt erlangen. Einfach ausgedrückt, will man Exportweltmeister sein, dann muss man die Gelder für Sozialleistungen und eben auch für das Gesundheitswesen reduzieren. Dann agieren auf dem Markt ferner mächtige Kapitalgruppen, die selbst wieder diesen Bereich als Gewinnchance sehen. Wenn man nun Gewinn machen will, dann geht es darum Kosten zu sparen. Als erstes hat man ganze Bereiche ausgegliedert und prekäre Arbeitsplätze geschaffen, so z.B. im Reinigungsdienst. Eine sehr große Gruppe, an der viel eingespart werden kann, ist dann die Pflege, so nimmt man bestimmte Arbeiten heraus, damit man diese auf schlechter bezahlte Kollegen überträgt und man reduziert

auch die konkrete Anzahl von Pflegepersonal im Verhältnis zu den Patienten, Bewohnern oder anderen Klienten.

Die Unterordnung unter den Markt ist so pervers, dass auch öffentliche oder gemeinnützige Häuser, selbst wenn sie keinen Profit machen wollen, aber schwarze Zahlen schreiben müssen, nach den gleichen unwürdigen und menschenverachtenden Prinzipien wirtschaften müssen. Es liegt also nicht mehr im subjektiven Handeln der Akteure, sondern es ist ein menschenfeindliches System aufgebaut worden, dass dazu führt, dass sowohl eine Unter- wie eine Überversorgung gibt. Der Mensch spielt dann keine Rolle mehr.

Gesundheit darf keine Ware sein. Sie ist eines unserer wichtigsten Güter und ein Menschenrecht. Genau so wenig sind Patienten Kunden. Dies schon deswegen, weil der entscheidende Unterschied zwischen einem Menschen und einem Kunden der ist, dass ein Kunde Geld braucht, um kaufen zu können. Es ist nicht akzeptabel, dass Gesundheit nur noch an die verkauft wird, die Geld haben.

[...]

Die Umstrukturierung ist politisch gewollt, da sich die öffentliche Hand aus der Krankenhausfinanzierung zurückzieht. Schon jetzt kommen die Länder ihren Verpflichtungen für Investitionen einfach nicht nach. Ein gefundenes Fressen für die Privaten. Der Wettbewerb mit den Privaten setzt öffentliche und freigemeinnützige Krankenhäuser unter Druck, sich an die profitorientierten Strukturen anzupassen. Auch sie versuchen, mehr Leistungen mit dem gleichen oder sogar weniger Personal zu erbringen. Sie müssen das tun, um wirtschaftlich zu überleben und nicht vom Markt zu verschwinden. Zugleich ziehen private Konzerne viel Geld

aus dem System. Sie fordern von ihren Häusern Umsatzrenditen von sechs bis 14 Prozent. Geld, das für eine gute Gesundheitsversorgung gedacht ist, landet in den Taschen von Aktionären. Die privaten Klinken sind für zwei Drittel der Ausgabensteigerungen seit Einführung des DRG-Systems verantwortlich, obwohl sie nur 16 Prozent der Patientinnen und Patienten behandeln.

RS: Was müsste sofort getan werden, damit sich die Lage in den Pflegeberufen verbessert?

Quetting: Nehmen wir die vier Forderungen des Bündnisses: mehr Personal und verbindliche Personalvorgaben für alle Bereiche der professionellen Pflege, keine Pflegefachperson mehr alleine im Dienst, tarifliche Bezahlung für alle und deutlich mehr Gehalt und eine bedarfsgerechte Finanzierung. Das DRG-System für die Krankenhäuser ist abzuschaffen. Für die Altenpflege wollen wir eine solidarische Pflegegarantie.

RS: Was müsste sich auf mittel- oder langfristige Sicht verändern?

Quetting: Begreifen wir die Gesundheit als Daseinsvorsorge. Entziehen wir Pflege

und Medizin wieder dem Markt. Dazu liegen viele Vorschläge auf dem Tisch. Ich mach es mal mit einem Bild deutlich. „Alle vom Tisch weg“, ruft die Ärztin, setzt die Elektroden auf die Brust des vor ihr liegenden Patienten, den ein Elektroschock durchzuckt. Diese dramatische Situation kennen wir alle aus Filmen und Serien. So wird der Herztod gemeinsam von Medizin und Pflege verhindert. Ein Betriebswirtschaftler steht nicht dabei. Er hat im OP-Saal nichts zu suchen.

Nur öffentliche Gesundheitssysteme, bei denen nicht die Gewinnerzielung im Vordergrund steht, können garantieren, dass alle Menschen unabhängig von ihrem sozialen Status gute Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen können.

Wir brauchen grundlegende Reformen. Wir brauchen verbindliche Personalvorgaben und eine Solidarische Pflegegarantie in der Altenpflege sowie eine bedarfsgerechte Finanzierung der Krankenhäuser statt der Fallpauschalen, die für einen Großteil der Probleme verantwortlich sind.

RS: Was können Pflegekräfte tun, um ihre Lage zu verbessern?

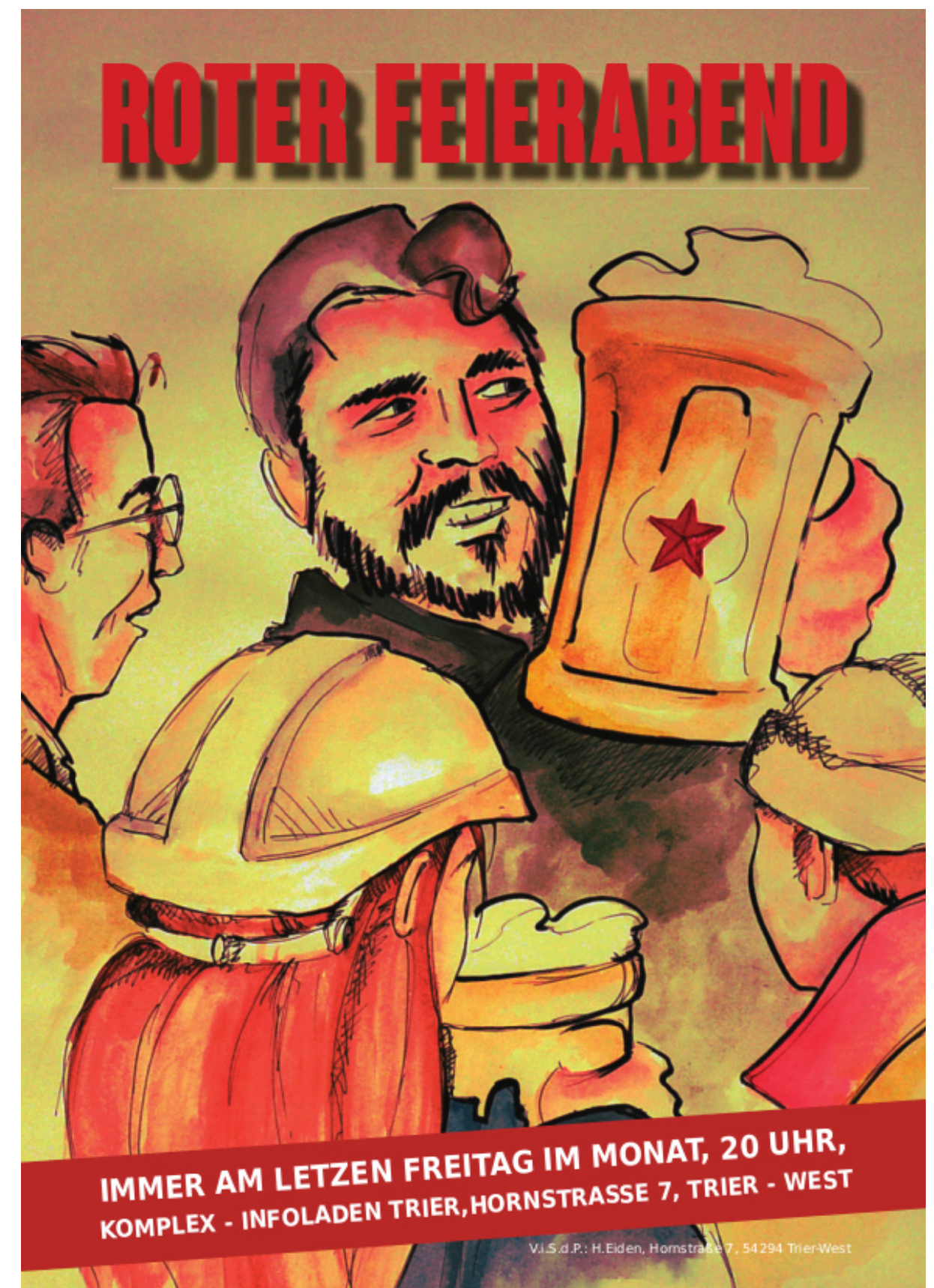


Quetting: Als erstes sollte man im Bündnis mitmachen, Das ist ganz einfach, man registriert sich auf der Webseite des Bündnisses

<https://www.pfausta.de>
Zweitens lädt man das Bündnis zu einer Ampel-Aktion ein. Die Ampel in Großformat wird immer von der einen Einrichtung an die andere weitergegeben. Kolleginnen kommen vorbei, man kann eine kleine Kundgebung als Pausenaktion machen, man kann örtliche Presse und Politik und DGB einladen und, und. Meldet Euch einfach bei einer der Sprecherinnen z.B. bei Julia Stange. Sie ist Fachkinderkrankenschwester an der Universitätsmedizin Mainz.

Drittens wird mensch natürlich Mitstreiterin in der Gewerkschaft ver.di und macht da mit. Das macht Spaß. Es gibt nichts Schöneres als solidarisch in einer Gemeinschaft selbst Teil jener Kräfte zu sein, die sich nicht mit dem Ist-Zustand abfinden wollen. Nur mit Solidarität lässt sich ein Weg aus der Krise finden. Nur gemeinsam schaffen wir Gerechtigkeit bei der Krisenbewältigung - in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt.

Das Interview führte:
Konni, Trier



ROTER FEIERABEND

Stress auf der Arbeit, wieder viel zu viele Überstunden gemacht und den Chef interessiert mal wieder nicht wie es Dir geht?

Wir kennen das!

Und was hilft besser gegen all den Scheiß auf der Arbeit als ein Bier unter Gleichgesinnten, daher laden wir Dich zu unserem Roten Feierabend ein!

Egal ob Du dich über den Job auskotzen oder einfach nur in entspannter Atmosphäre ein kühles Bier genießen willst, du bist herzlich eingeladen.

Immer am letzten Freitag im Monat um 20 Uhr im Komplex - Infoladen Trier

Gemeinsam gegen steigende Preise!

Regelmäßige Demonstrationen!

- Energiepreisdeckel jetzt!
- Vergesellschaftung der Energiekonzerne
- Weiterführung des 9€-Tickets und flächendeckender Ausbau des ÖPNV
- wirksame staatliche Maßnahmen gegen die Inflation wie z.B. ein Preisstopp!
- Kostenumlage auf die Reichen!
- Kein "Frieren oder Hungern" für die Profite von Konzernen!
- Lohnsteigerungen oberhalb der Inflationsrate

Bündnis gegen Preissteigerung Trier



✉ Preissteigerungen_trier@riseup.net

f Bündnis gegen Preissteigerungen Trier

📷 [preissteigerungen_trier](https://www.instagram.com/preissteigerungen_trier)

<https://preissteigerungen.wordpress.com/>



<https://t.me/preissteigerungentrier>